

Name:
Straße:
Adresse:

Herrn
Dr. Gerd Müller
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Postfach 12 03 22
53045 Bonn

Ort und Datum:

Illegale Landnahmen in Sanamadougou und Sahou

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Gerd Müller,

über die Öffentlichkeitsarbeit von Afrique-Europe-Interact habe ich von dem Problem illegaler Landnahmen in Mali erfahren - namentlich in den beiden Dörfern Sanamadougou und Sahou. Da sich Afrique-Europe-Interact in einem offenen Brief auch an Sie gewandt hat, gehe ich davon aus, dass Sie ebenfalls im Bilde sind. In diesem Sinne möchte ich Sie wissen lassen, dass ich die drei von Afrique-Europe-Interact formulierten Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich unterstütze: Erstens, dass sich die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Mali für eine an den Interessen der betroffenen BewohnerInnen von Sanamadougou und Sahou orientierte Lösung einsetzen möge. Zweitens, dass Deutschland nicht über die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) oder andere finanzielle Beteiligungen an Banken Kredite an Unternehmen vergibt, die an illegalen Landnahmen beteiligt sind. Und drittens, dass Deutschland jede Form der Begünstigung von Landgrabbing im Rahmen der Produktion von Agrartreibstoffen unterlässt.

Besonders beunruhigt hat mich in den Berichten von Afrique-Europe-Interact der Umstand, dass die in öffentlicher Hand befindliche DEG nicht nur in Mali, sondern auch in anderen Ländern in beträchtlichem Umfang in Landkonflikte involviert ist - ob direkt durch Kredite an entsprechende Unternehmen oder indirekt durch Beteiligung an Banken, die solche Kredite vergeben. Insgesamt scheint es in diesem Zusammenhang großen Handlungsbedarf zu geben, wie die Menschenrechtsorganisation FIAN in ihrer schriftlichen Stellungnahme für die 20. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags betont hat. Und Letzteres gilt ganz offenkundig nicht nur für die DEG. So hat Afrique-Europe-Interact in einer unter anderem als Beilage der Tageszeitung "taz" erscheinenden Aktionszeitung erklärt, dass auch die Afrikanische Entwicklungsbank, an der die Bundesrepublik ebenfalls beteiligt ist, einen Kredit von 16.8 Millionen Euro an den für das Landgrabbing in Sanamadougou und Sahou verantwortlichen Unternehmen Modibo Keitra zu geben beabsichtigt.

Schließlich möchte ich mit Blick auf die Landinvestitionen in Sanamadougou und Sahou meiner grundsätzlichen Überzeugung Ausdruck verleihen, wonach es langfristig weniger die agrarindustrielle als vielmehr die kleinbäuerliche Landwirtschaft sein wird, die überhaupt in der Lage ist, Ernährungssicherheit in Ländern wie Mali zu gewährleisten. Diese Position wird nicht nur von unzähligen Kleinbauernorganisationen rund um den Globus vertreten, auch europäische NGO wie Oxfam oder Brot für die Welt sagen dies schon lange. Es war insofern auch folgerichtig, dass der von der Weltbank ins Leben gerufene Weltagrarrat in seinem 2008 vorgelegten Weltararbericht die Förderung der ökologischen und kleinbäuerlichen Landwirtschaft als zentrale Entwicklungsstrategie empfohlen hat. Eine Perspektive, der sich im Übrigen auch der bisherige UN-Sondergesandte für das Recht auf Nahrung Olivier De Schutter in seinem Abschlussbericht im Januar 2014 ausdrücklich angeschlossen hat.

Mit freundlichen Grüßen,